

Politik

Warum Trump US-Truppen abziehen will

Das Weiße Haus will nur noch 25 000 Soldaten in Deutschland stationieren – Das hätte auch Folgen für Rheinland-Pfalz

Von Can Merey, Michael Fischer und Ruppert Mayr

■ **Washington/Berlin.** In Berlin hat man sich inzwischen an die Attacken und Drohungen Donald Trumps gewöhnt. Der US-Präsident hat sich Deutschland als Lieblingsgegner unter den Nato-Verbündeten ausgesucht. Und die Bundesregierung versucht, möglichst gelassen damit umzugehen. Aber was am Wochenende mehrere Medien berichteten, ist deutlich mehr als Trumps übliches Deutschland-Geschimpfe. Der Präsident will offenbar in großem Stil US-Soldaten aus Deutschland abziehen. Damit geht er ans Eingemachte der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Wir beantworten die wichtigsten Fragen:

Was plant Trump?
Nach US-Medienberichten will Trump die US-Truppenpräsenz hierzulande von derzeit 34 500 Soldaten um 9500 reduzieren. Außerdem soll eine Obergrenze von 25 000 US-Soldaten in Deutschland eingeführt werden, berichtete das „Wall Street Journal“. Offiziell bestätigt ist der Abbau allerdings noch nicht. Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, John Ulliot, teilte lediglich mit, dass Trump den Einsatz von US-Soldaten im Ausland ständig überprüfe. Die USA sind demnach „weiterhin entschlossen, mit unserem engen Verbündeten Deutschland zusammenzuarbeiten“.

Wohin sollen die Truppen aus Deutschland verlegt werden?
Die „New York Times“ berichtete unter Berufung auf einen ungenannten Regierungsmitarbeiter, dass ein Teil der 9500 Soldaten nach Polen geschickt werden soll, ein Teil in andere verbündete Länder und dass ein Teil in die USA zurückkehren soll. Trump hatte bereits im Juni 2019 eine Verlegung von Truppen von Deutschland nach Polen ins Spiel gebracht. Anlass war der Besuch des polnischen Präsidenten Andrzej Duda im Weißen Haus. Mit ihm versteht sich Trump deutlich besser als mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

Warum will Trump die Soldaten aus Deutschland abziehen?
Der frühere US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, hatte im vergangenen August gesagt, es sei „wirklich beleidigend“ zu erwarten, dass die US-Steuerzahler für die US-Truppen in Deutschland bezahlen, während die Deutschen ihren Handelsüberschuss für heimische Zwecke verwenden. Donald Trump argumentierte in der Vergangenheit (sehr verkürzt), dass Deutschland Abermilliarden Euro für Gas an den „potenziellen Feind“ Russland zahlt, sich im Ernstfall aber von den USA beschützen lassen will – und gleichzeitig bei den Verteidigungsausgaben hinter den Nato-Vereinigungen zurückbleibt. Polen lobt er dagegen ausdrücklich für die Verteidigungsausgaben.



Da war die Stimmung noch bestens: Donald Trump besuchte mit Ehefrau Melania im Dezember 2018 Militärangehörige auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in der Pfalz. Ramstein ist ein Dreh- und Angelpunkt für Militäroperationen in Afrika und dem Nahen Osten.

Foto: dpa

Was sind die Streitpunkte zwischen Berlin und Washington?

Die USA sind strikt gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die unter Umgehung von Polen und der Ukraine Gas von Russland nach Deutschland liefern soll. Washington hat bereits Sanktionen erlassen, die den Bau verzögern. US-Senatoren unternahmen erst vor wenigen Tagen einen Vorstoß, die Strafmaßnahmen noch zu verschärfen. Im Handelskonflikt mit der EU droht Trump immer wieder mit Strafzöllen für Autoimporte, was besonders deutsche Hersteller treffen würde. Auch in Bezug auf den Iran liegen die USA und Deutschland nicht auf einer Linie. Zuletzt dürfte sich Trump darüber geärgert haben, dass Deutschlands Kanzlerin Merkel seine Pläne für einen G7-Gipfel schon diesen Monat im Weißen Haus durchkreuzte.

Ist der geplatzte G7-Gipfel Auslöser der Abzugspläne?

Das „Wall Street Journal“ berichtete unter Berufung auf eine mit der Entscheidung vertraute Quelle, Trumps Truppenabzugspläne hätten nichts damit zu tun. Merkels Absage wegen der Pandemie dürfte das Verhältnis zu Trump aber nicht verbessert haben. Der US-Präsident wollte den Gipfel im Weißen Haus als Signal der Wiedereröffnung der USA nach der Corona-Krise inszenieren, die allerdings noch nicht vorbei ist. Der Präsident will angesichts der verheerenden Auswirkungen auf die Wirtschaft möglichst schnell zur Normalität zurückkehren. Nach Merkels Absage sah sich Trump veranlasst, den Gipfel voraussichtlich auf September zu verschieben. Das kommt ihm im Wahlkampf sicher nicht zupass.

Haben die USA die Bundesregierung konsultiert?

Nein. Die Bundesregierung wurde von den Plänen über einen möglichen Truppenabzug kalt erwischt. Man erfuhr erst aus den Medien davon. Es sei „sehr irritierend, dass die Pläne nicht mit der Bundesregierung besprochen worden sind“, sagte der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, Peter Beyer. US-Präsident Trump vernachlässige damit „eine elementare Führungsaufgabe: die Einbindung der Bündnispartner in Entscheidungsprozesse“, meinte auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Johann Wadephul. Der Grünen-Außenpolitiker Jürgen Trittin sagte, Trump breche aus

Wahlkampfgründen „einen weiteren Stein aus der Mauer des transatlantischen Verhältnisses“.

Warum wäre ein möglicher US-Truppenabzug für Deutschland so schmerzhaft?

Die US-Truppen galten in der Zeit des Kalten Krieges als Sicherheitsgarant für die Bundesrepublik Deutschland. Die Truppenstationierung ist aber auch heute noch ein wesentliches Bindeglied zwischen beiden Ländern. Da ist einerseits der zwischenmenschliche Aspekt: Über die Jahrzehnte sind Tausende Freundschaften, Partnerschaften und Ehen zwischen Deutschen und Amerikanern entstanden. Für die Regionen um die

US-Stützpunkte kommt der wirtschaftliche Aspekt hinzu. Allein in Rheinland-Pfalz werden mehr als 7000 deutsche Ortskräfte von den US-Streitkräften beschäftigt. Der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein generiert Schätzungen zufolge jedes Jahr insgesamt 2 Milliarden Dollar an Löhnen, Gehältern, Mieten und Aufträgen in der regionalen Wirtschaft.

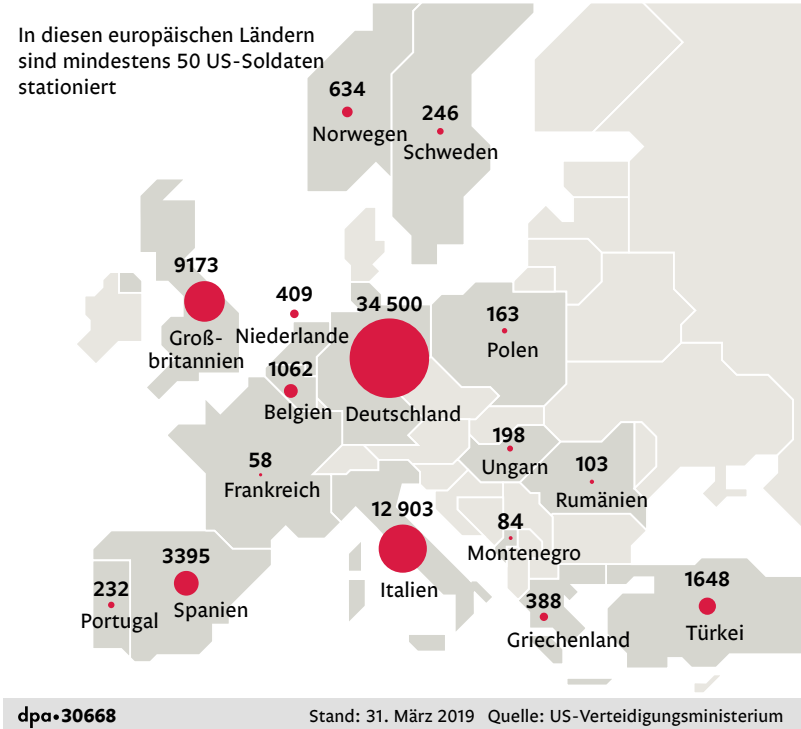
Ist der Abzug militärisch sinnvoll?

Das ist zumindest zweifelhaft. Der frühere Befehlshaber der US-Truppen in Europa, Ben Hodges, nennt die Pläne einen „kolossalen Fehler“. Die Entscheidung sei rein politisch motiviert und folge keiner Strategie, schrieb er auf Twitter. Sie sei zudem ein „Geschenk an Putin“. Fest steht jedenfalls, dass die USA ihre Truppen nicht nur als Wohltat für Deutschland oder die Nato in Deutschland stationiert haben. Ramstein zum Beispiel ist das Drehkreuz, über das die USA Truppen und Nachschub in ihre Einsatzgebiete im Nahen Osten oder Afrika bringen. Im nahe gelegenen Landstuhl befindet sich das größte US-Lazarett außerhalb der Vereinigten Staaten, im bayerischen Grafenwöhr einer der größten Truppenübungsplätze Europas und in Stuttgart die Kommandozentralen für die US-Truppen in Europa und Afrika.

Was passiert, wenn Donald Trump wirklich ernst macht?

Ein US-Truppenabzug würde den Ruf nach mehr europäischer Eigenständigkeit in Sicherheitsfragen noch lauter werden lassen. Allerdings ist das leichter gesagt als getan. Die militärische Schlagkraft der Nato stützt sich weiterhin überwiegend auf die Streitkräfte und die Waffen der Großmacht USA.

US-Truppen in Europa



Warnung vor Afrikas Corona-Krise

Entwicklungsminister Müller: EU muss handeln

■ **Berlin.** Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat Europa vor den verheerenden Auswirkungen der Corona-Pandemie in Afrika gewarnt. „Brüssel darf nicht warten, bis ganze Staaten zusammenbrechen und es zu Unruhen und unkontrollierbaren Fluchtbewegungen kommt“, sagte Müller unserer Zeitung vor dem Beginn der heutigen Videokonferenz der EU-Entwicklungsminister. Es geht nach den Worten des CSU-Politikers in Afrika nicht nur um die Frage, wie Covid-19-Er-

krankte trotz schwacher Gesundheitssysteme gerettet werden können. „In Afrika herrscht bereits eine dramatische Hunger- und Wirtschaftskrise“, warnt der CSU-Politiker. Millionen Menschen sind nach seinen Worten arbeitslos – und ohne Kurzarbeitergeld. Transportwege seien unterbrochen, es fehle an Lebensmitteln und Saatgut. Hinzu kommt in Ostafrika, dass eine dramatische Heuschreckenplage die Ernte vernichtet. „Millionen Menschen hungern,



Gerd Müller

bevor das Virus ankommt“, unterstreicht Müller.

Demgegenüber sei die europäische Solidarität bislang nur nach innen gerichtet. „Die EU hat noch keinen Cent zusätzlich zur Bewältigung der Wirtschafts- und Hungerkrise in Afrika investiert“, kritisierte der Minister. Nötig sei umgehend, dass die Europäische Union ein Sofortprogramm für Afrika und den Nahen Osten auflegt. Dabei muss es aus Müllers Sicht sowohl um Nothilfen als auch um Stabilisierungskredite gehen. Der Ministerrat will sich vor allem mit gemeinsamen Schritten gegen die Corona-Folgen und mit der Ernährungssicherung befassen. may

Biden will Wunden des Rassismus heilen

US-Demokrat kann jetzt gegen Trump antreten

■ **Washington.** Der US-Demokrat Joe Biden hat sich bei den jüngsten Vorwahlen nach eigenen Angaben die nötigen Stimmen für die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei gesichert. Damit kann es nun als sicher gelten, dass er bei der Wahl am 3. November für die Demokraten gegen den Republikaner Donald Trump antreten wird. Er werde sich als Präsident darum bemühen, das Land nach den polarisierenden Jahren unter Trump zu einen, versprach der 77-Jährige. Er werde die Wirtschaft

stärken und für Chancengleichheit kämpfen. Biden war unter Präsident Barack Obama Vizepräsident. Der US-Demokrat will außerdem als Präsident in seinen ersten 100 Tagen im Amt eine Kommission für Polizeireformen einsetzen. Zudem soll der Kongress nach seinen Vorstellungen schon jetzt handeln und umstrittene Polizeimethoden wie Würgegriffe bei Festnahmen verbieten. George Floyd dürfe nicht nur einfach ein weiterer Hashtag werden, schrieb Biden auf Twitter.



Joe Biden

Anstatt wie Trump das Land zu spalten und Hass zu schüren, werde er sich darum bemühen, die Wunden des Rassismus zu heilen.

Zustimmung erhält er auch vom früheren US-Außenminister Colin Powell, einem Republikaner. Powell sagte, er wolle den Demokraten Biden wählen. Trump entferne sich von der Verfassung und werde „gefährlich für unsere Demokratie, gefährlich für unser Land“, sagte Powell. „Er lügt über Dinge und er kommt damit durch, weil Menschen ihn nicht zur Rechenschaft ziehen.“

Die nächsten Vorwahlen stehen nach bisheriger Planung am 9. Juni in Georgia und West Virginia an.